



## Finanztransaktionssteuer: Bündnis 'Steuer gegen Armut' wird Umsetzung kritisch beobachten

Finanztransaktionssteuer: Bündnis "Steuer gegen Armut" wird Umsetzung kritisch beobachten  
Einigung von elf EU-Ländern enormer Erfolg der Zivilgesellschaft  
Elf Länder in der Europäischen Union haben sich beim Treffen der EU-Finanzminister (Ecofin) am heutigen Dienstag in Brüssel geeinigt, die Finanztransaktionssteuer (FTS) im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit einzuführen. Das erklärt das Kampagnenbündnis "Steuer gegen Armut":  
"Die Einigung heute ist ein enormer Erfolg der globalisierungskritischen Bewegung und aller gesellschaftlichen Kräfte, die sich seit langem für eine Eindämmung der Spekulation an den Finanzmärkten einsetzen", sagte Detlev von Larcher, der Attac in der Steuerungsgruppe des Bündnisses vertritt. "Unsere Jahre lange Arbeit trägt Früchte. Die elf Mitgliedsstaaten müssen nun den Druck für eine EU-weite Einführung der Finanztransaktionssteuer gegen den massiven Widerstand der Finanzindustrie erhöhen."  
Peter Wahl, für Weed in der Steuerungsgruppe, ergänzte: "Der Entwurf der EU-Kommission vom September 2011 liegt relativ nahe an den Vorstellungen der Zivilgesellschaft. Jetzt kommt es darauf an, dass das Verfahren zügig durchgeführt wird und keine Verwässerungsversuche mehr gemacht werden. Die Steuer sollte noch im Laufe des Jahres 2013 in Kraft treten."  
Das Bündnis verwies allerdings darauf, dass noch viele Details offen sind. "Wir werden die konkrete politische Umsetzung kritisch beobachten", kündigte der DGB-Vertreter in der Kampagne, Raoul Didier, an. "Vor allem fordern wir die flächendeckende Anwendung eines einheitlichen Steuersatzes ohne Ausnahmen bei der Steuerbasis." Zudem müsse die FTS nach dem Sitzlandprinzip erhoben werden. Damit wären Fluchtmöglichkeiten von der Steuer sehr schwierig: Es bliebe nur die Verlagerung des kompletten Firmensitzes, der oft teurer wird als die Steuer. Zudem sollten nicht nur Börsengeschäfte, sondern auch außerbörsliche Transaktionen erfasst werden. Insbesondere die Besteuerung von Derivaten sei wichtig.  
Auch was die Verwendung des Steueraufkommens betrifft, geht die Überzeugungsarbeit für das Bündnis weiter. "Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Einnahmen in erster Linie für internationale Armutsbekämpfung und Umweltschutz verwendet werden", betonte Jörn Kalinski, für Oxfam im Bündnis.  
Weitere Informationen: <http://www.steuer-gegen-armut.org>  
Für Rückfragen: Detlev von Larcher, Steuerungsgruppe der Kampagne "Steuer gegen Armut" / Attac, [detlev.larcher@attac.de](mailto:detlev.larcher@attac.de), Tel. (0160) 9370 8007  
Jörn Kalinski, Moderator der Kampagne "Steuer gegen Armut" / Oxfam, [jkalinski@oxfam.de](mailto:jkalinski@oxfam.de), Tel. 0171-8360631

### Pressekontakt

Für Rückfragen:

60329 Frankfurt/M

### Firmenkontakt

Attac Deutschland

60329 Frankfurt/M

Attac - die französische Abkürzung für Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen - wurde 1998 in Frankreich gegründet. Lag der ursprüngliche Fokus von Attac in dem Eintreten für eine demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte und der Einführung der Tobin-Steuer, so haben wir uns mittlerweile der gesamten Problematik neoliberaler Globalisierung angenommen. Mit 90.000 Mitgliedern in 50 Ländern versteht sich Attac als Teil dieser globalen Bewegung. Auch in Deutschland bildet Attac ein breites gesellschaftliches Bündnis, das von ver.di und der GEW über den BUND und Pax Christi bis zu kapitalismuskritischen Gruppen unterstützt wird. Immer mehr Menschen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Herkunft werden in den mittlerweile über 160 Attac-Gruppen vor Ort aktiv. Attac versteht sich als Bildungsbewegung mit Aktionscharakter und Expertise. Über Vorträge, Publikationen, Podiumsdiskussionen und eine intensive Pressearbeit werden die komplexen Zusammenhänge der Globalisierungsthematik einer breiten Öffentlichkeit vermittelt und Alternativen zum neoliberalen Dogma aufgezeigt. Mit Aktionen soll der notwendige Druck auf Politik und Wirtschaft zur Umsetzung der Alternativen erzeugt werden.